

# SPÖ Gemeinderatsfraktion

4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 25/9

Büro des Bürgermeisters

Eingel.  
am 21. Okt. 2022

Tgb.Nr. 33953 11:35



Wels, am 21. Oktober 2022

## DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 18 Absatz 5 StW. 1992 iVm § 7 GOG

**Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:**

### Der Gemeinderat möge folgende vordringliche Resolution beschließen:

1. „Diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.“
2. „Diesen Antrag am Beginn der Tagesordnung zu behandeln.“
3. „Der Gemeinderat der Stadt Wels ersucht die OÖ-Landesregierung und die österreichische Bundesregierung nachstehende Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden und Städte, zur Abfederung der Energiepreise und Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur zu setzen.“
  - a. Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis.
  - b. Einführung eines Gaspreisdeckels, damit die Energiepreise wieder sinken.
  - c. Eine Sensibilisierungskampagne in den Städten und Gemeinden, damit dort, wo es sinnvoll ist, Energie eingespart wird, ohne das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben in den Kommunen zu gefährden.
  - d. Massive Erhöhung der Fördermittel inklusive höhere Einzelprojektförderung zum Ausbau erneuerbarer Energie und für thermische Sanierungen.
  - e. Voller Einsatz auf europäischer Ebene für eine umfassende Lösung des Energiepreisproblems.

### Begründung:

**Das kommunale Leben und der soziale Zusammenhalt sind in Gefahr. Es drohen existenzgefährdende Energiepreiserhöhungen, mit allen daraus folgenden Auswirkungen auf Preise und Gebühren, welche für die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bewältigbar sein werden.**

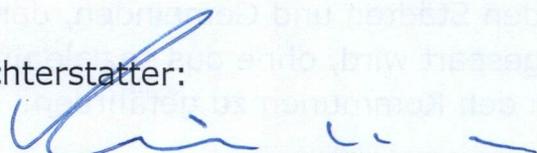
Auch in den Kommunen gefährden die exorbitanten Preissteigerungen das kommunale Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt. Die Gemeinden und Städte kommen immer mehr unter finanziellen Druck und ihre Dienstleistungen sind gefährdet. Es drohen Gebührenerhöhungen!

Alle Sozialpartner von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite (ÖGB, AK, WKÖ, Industriellenvereinigung), warnen vor den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der exorbitant steigenden Energiepreise und fordern von der Bundesregierung wirkungsvolle Initiativen zur Energiepreisdämpfung.

### Zur Dringlichkeit:

Nur rasches Gegensteuern kann jetzt Armut verhindern, den Wirtschaftsstandort Österreich schützen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen absichern.

Berichtersteller:



GR. Johann Reindl-Schwaighofer

Für die sozialdemokratische Fraktion



(Ganzert)

*Huber EÖER  
Zurechnung zur  
Ausschluss vor  
Beratung und  
Diskussion  
25 JA (FP, VP, GRÜNE, NEOS, MF6)  
9 NEIN (SPÖ)*

Beschluss des Gemeinderates  
vom..... 24. Okt. 2022  
Antrag

einstimmig - mit Stimmenmehrheit  
angenommen - abgelehnt - zurückgestellt

Der Vorsitzende:

